



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inseratsgebühren für den Raum einer sechsstelligen Zeitungs-Nummer 50 Pf.

Erpedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag, Montag, Dienstag, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 522. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 7. November 1878.

Verordnung wegen Einberufung der beiden Häuser des Landtages der Monarchie.

Vom 3. November 1878.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc., verordnen in Gemäßheit des Artikels 51 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850, auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums, was folgt:

Die beiden Häuser des Landtages der Monarchie, das Herrenhaus und das Haus der Abgeordneten, werden auf den 19. November d. J. in unsere Haupt- und Residenzstadt Berlin zusammenberufen.

Das Staats-Ministerium wird mit der Ausführung dieser Verordnung beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insignel.

Gegeben Potsdam, den 3. November 1878.

Zu Unserer höchsten Auftrage Sr. Majestät des Königs:

(L. S.) Friedrich Wilhelm, Kronprinz. Graf zu Stolberg, Leonhardt, Falk, von Kameke, Friedenthal, von Bülow, Hofmann, Graf zu Eulenburg, Maybach, Hohrecht.

Deutschland.

Berlin, 6. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den Ober-Bürgermeister v. Jordanbeck zu Breslau, der von der Stadt-Verordneten-Versammlung zu Berlin getretenen Wahl gemäß, als Ersten Bürgermeister der Stadt Berlin, unter Beilegung des Titels „Ober-Bürgermeister“, auch für dieses neue Amt auf die gesetzliche Amtsdauer von zwölf Jahren bestätigt.

Se. Majestät der König hat dem Arzi Lic. med. Schlüter zu Binneberg und dem Divisions- und Garnison-Kapitän Müller zu Königsberg i. Pr. den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; den Schullehrern Dypis zu Niebersdorf im Kreise Glatz und Soiné und Franzem zu Greunag den Adler der Inhaber des königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern; dem pensionirten Steuerassessor Ebert zu Jottwitz im Kreise Oplau und dem pensionirten Gemeindeförster Wagner zu Schliechfeld im Kreise Simmern das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Seconde-Lieutenant Franz Müller im Grenadier-Regiment Kronprinz (1. Ostpreussischen) Nr. 1 die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Berlin, 6. Nov. [Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittag um 11 Uhr den Vortrag des Chefs der Admiralität und demnachst um 12 Uhr den Vortrag des Chefs des Militär-Cabinetts, General-Majors von Albedyll, entgegen.

Um 1 1/2 Uhr empfing Höchstersele die Vertreter der drei Berliner Grosloggen, welche Sr. Kaiserlichen Hoheit anlässlich Seines 25jährigen Freimaurer-Jubiläums Glückwünsche abkatteten. (N. N.)

Gewinn-Liste der 2. Klasse 159. Königl. Preuss. Klassen-Lotterie. Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Kochstraße 20, ohne Gewähr.

(Nur die Gewinne über 90 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

Berlin, 6. Novbr. Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Gewinne gezogen worden:

Table of lottery results with columns for numbers and corresponding prizes in Mark and Pfennig.

Table of lottery results with columns for numbers and corresponding prizes in Mark and Pfennig.

Es ist mehr als unwahrscheinlich, daß die Regierung schon in der nächsten Session des Landtags die Genehmigung zum Ankauf größerer Eisenbahnen nachsuchen wird. Es dürfte sich vielmehr lediglich um den Ankauf der kleinen Bahn Frankfurt a. M.-Gomburg handeln, welcher notwendig ist, um die der Ausführung des Centralbahnplans in Frankfurt a. M. entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen. Was dagegen den projectirten Erwerb der Berlin-Stettiner, Köln-Mindener, Berlin-Potsdamer-Magdeburger und Halberstädter Bahn anlangt, so hat es damit vorläufig noch gute Wege. Am nächsten läge es, die Erwerbung der Berlin-Stettiner und Köln-Mindener Eisenbahn ins Auge zu fassen, weil hierfür durch das Verhältnis des Staats zu den betreffenden Gesellschaften vertragsmäßige Motive an die Hand gegeben sind. Der Staat hat jetzt bekanntlich das Recht, die Strecken Oberhausen-Anheim und Deuz-Gießen zum Herstellungspreise anzukaufen, und es liegt im Interesse der Staatsfinanzen, von diesem Rechte Gebrauch zu machen. Ebenso würde es ein belangerreicher Vortheil für den Staat sein, den Betrieb der vormpommerschen Bahnen auf Staatsrechnung zu übernehmen. Hiermit steht aber die Frage der Zinsgarantie für die Linie Pafewalk — Mecklenburgische Landesgrenze in Zusammenhang, welche dem Landtage bereits in seiner vorigen Session zugemutet wurde und jetzt gleichfalls keine Aussicht auf Zustimmung im Abgeordnetenhause hat. Hiernach liegt der Gedanke nahe, daß die Regierung, abgesehen von wichtigen allgemeinen Gründen, dem Ankauf der Berlin-Stettiner und Köln-Mindener Eisenbahn näher getreten ist und denselben ernstlich verfolgt. Wenn jedoch der Ankauf anderer großer Eisenbahn-complexe in den Vordergrund tritt, so handelt es sich dabei lediglich um die Realisirung der Reichseisenbahnidee, deren Durchführung unter wesentlich anderen Gesichtspunkten steht und bei Weitem noch nicht genügend vorbereitet ist. An dem ernstlichen Willen, dieselbe zu verfolgen, läßt sich bei den bekannten Anschauungen des Fürsten Bismarck und des Handelsministers Maybach nicht zweifeln. Ich glaube jedoch, daß die Regierung auch bei dem Ankauf der Berlin-Stettiner und Köln-Mindener Eisenbahn nicht aus dem Rahmen des ganzen Plans heraustreten, vielmehr nur im Zusammenhang mit demselben das Ankaufsproject vor die Landesvertretung bringen wird. Wenn der geeignete Zeitpunkt hierzu gekommen sein wird, läßt sich aus den officiellen Auslassungen schon heute entnehmen. Möglicherweise werden die beschäffigen Entschlüsse mit jenen über die handelspolitischen Fragen in engen Zusammenhang gebracht werden. Es sprechen dafür offenbar viele sachliche Gründe. Eine andere Frage ist, ob es tactisch wichtig wäre, weil die Freunde des Reichseisenbahnplans nicht dieselben sind, welche den von der Regierung verfolgten handelspolitischen Anschauungen nahe stehen. — Wer im orthodoxen Weingarten des Herrn für den Frieden der Confessionen gearbeitet hat, sieht sich jetzt durch die ungebührlichen Forderungen des Papstes und die Renitenz der Ultramontanen in seinen Hoffnungen arg getäuscht. Nach der Auffassung dieser Frommen hätte ein Opferlamm geschlachtet werden müssen, um den Vatican zu versöhnen, womit sie die Erhebung des Cultusministers Falk durch den früheren Oberpräsidenten Schlesiens, Herrn v. Nordenflicht, meinen. Diese ungebührlichen Forderungen werden jedoch von jener Regierungspartei zurückgewiesen, die angeblich aus dem Departement des nächsteren Verbandes ihre Eingebungen holt. Sie behauptet, daß sich Fürst Bismarck über die Taktik der Ultramontanen niemals Illusionen hingeegeben hat. Die Schwarzen bleiben im Feuer, und werden ihn (den Fürsten Bismarck) und den Cultusminister Falk bebrängen, so lange nicht ein Abkommen mit dem Papst getroffen wird. Ehe nicht die Kirchenfürsten zurückberufen, die Pfarrer nicht in ihren fetten Pfründen sitzen, die Verwaltung des Kirchenvermögens der Staatsaufsicht entzogen, die Schulspectorate in den Händen der Geistlichen sind, wird der Vatican damit einverstanden sein, daß die Windthorst, Schorlemer-Ast etc. die erste Violine im Parlament-Orchester spielen. Erst dann, wenn die Curie den Friedensvertrag durch den künftigen Nuntius in Berlin ausführen lassen wird, dürfte sich innerhalb der Centrums-Fraction eine Scheidung abspielen. — Die Anträge, welche im Handels-Ministerium für den Bau von Secundärbahnen eingegangen sind, haben im Finanzministerium wegen des Deficits im Staatshaushaltsbeiträge keine Zustimmung gefunden. Bekanntlich hat das Abgeordnetenhause im vorigen Jahre eine Resolution für die Subventionirung der Eisenbahnen minderer Ordnung gefaßt. Aus allen Theilen des Landes gelangten an das Handelsministerium Pläne und Voranschläge für die Errichtung von Secundärbahnen, die sich schon vor einigen Jahren auf einen Kostenüberschlag von 120 Millionen Mark beliefen. Seitdem haben sich die Eingaben beim Handelsministerium noch um eine erkleckliche Zahl vermehrt, so daß rund 150 Millionen Mark gefordert werden, die zu bewilligen sich der Finanzminister bei der damaligen Lage des Staatsäckels außer Stande gesetzt sieht. — Leider lauten die privaten Nachrichten, welche über das Befinden des Kaisers hier verbreitet sind, nicht ganz so günstig, wie diejenigen, welche die Zeitungen in den letzten Wochen und Tagen uns gebracht haben. Trozdem die ungünstigen Nachrichten erst vor zwei Tagen dementirt worden sind, behauptet man heute wieder mit vieler Bestimmtheit, daß die Nerzte es für nothwendig finden, dem greisen Monarchen, bei welchem die trüben Erfahrungen des Frühommers tiefere Eindrücke hinterlassen haben, als man nach dem überraschend glücklichen Verlauf des Heilungsprozesses annehmen zu müssen glaubte, den Rath zu ertheilen, den Regierungsvorgängen noch eine Zeit lang fern zu bleiben und die schlimmeren Wintermonate in einem milderem Klima zu überdauern. Unter gewöhnlichen Umständen und Zeitverhältnissen würde ein solcher Rath bei einem so außergewöhnlich hohen Lebensalter nicht unangebracht erscheinen; er kann um so weniger befremden, wenn man die Besonderheiten des Falles berücksichtigt und ins Auge faßt, daß für eine Stellvertretung des hohen Patienten in ausreichendem Maße gesorgt ist. — Der Cifer, mit welchem die Officiosen sich jetzt auf einmal des Herrn von Radowicz annehmen muß sehr befremdend wirken. Glaube man doch versichert zu sein, daß alle die Indiscretionen, welche in Bezug auf die erschlitterte Stellung des genannten Diplomaten unter das Publikum gebracht wurden, auf eine nicht minder officiöse Quelle zurückzuführen seien. An kompetenter Stelle soll übrigens wirklich das entscheidende Wort gefallen sein: Es geht nicht an, daß Herr v. Radowicz sich selbst hier für unentbehrlich hält. In Reichstags-

freien war es stets unlieblich bemerkt werden, daß das hohe Gehalt für den Befandtenposten in Athen alljährlich wieder auf dem Stat erschien, obgleich alle Welt wußte, daß der Inhaber desselben im hiesigen Dienst eine dauernde Stellung bekleidete. — Es bestätigt sich, daß eine Bekräftigung der deutschen Schamweine ernstlich ins Auge gefaßt ist. Die Fabrikanten im westlichen Deutschland haben bereits beschlossen, gegen die Ausführung des Planes zu petitioniren und die Interessenten in Naumburg und Grünberg gehen mit demselben Gedanken um. — Mit großer Bestimmtheit tritt heute die Nachricht auf, daß Graf Schwallow auf seinen Londoner Befandtschaftsposten zurückkehren wird und daß in Livadia seine Ernennung zum Vicekanzler zurückgezogen worden ist. Man bringt dieses Ereigniß mit dem hierher signalisirten Wunsche des Czars in Zusammenhang, die Differenzen zwischen Rußland und England unter allen Umständen zu beseitigen. Schwallow scheint dem russischen Monarchen ohne Zweifel die geeignetste Persönlichkeit für diese wichtige Mission zu sein. Hinzugefügt wird, daß die finanzielle Bedrängnis in Petersburg zu einer Ausgleichung mit England in verdoppelter Maße mahnt, weil seit der Berlin-Pariser Reise des Finanzministers Greigh jede Aussicht auf einen halbwegs acceptablen Abschluß einer Anleihe verschwunden sei. Wir lassen dahingestellt, ob die Selbstverleugung der russischen Regierung sie verhindern würden, ihre bisherige Kriegspolitik im Orient fortzusetzen. Ein anderes Moment tritt seit wenigen Tagen in die Erscheinung, dem man hier besondere Aufmerksamkeit zuwendet. Zwischen Wien und Petersburg macht sich eine gereizte Stimmung bemerkbar, die nach der Auffassung hiesiger versierter Persönlichkeiten demnächst in einen diplomatischen Act eclatiren dürfte. Den Anlaß dazu bietet die von Rußland heraufbeschworene verweirte Lage Oesterreichs in Bosnien und die Nichtausführung des Berliner Vertrages seitens der Petersburger Regierung. Mehr noch als dies soll Oesterreich augenblicklich vor die Alternative gestellt sein, entweder das Dreikaiserbündniß aufzugeben, oder einer anderen Coalition der Mächte beizutreten.

[Die „Provinz-Correspondenz“ über die Centrums-Partei.] Der telegraphisch signalisirte Artikel des hochofficialen Dr. ganz laut vollinhaltlich:

„Seit den ersten Nachrichten aus Kissingen über die Besprechungen, welche der deutsche Reichskanzler dort mit dem päpstlichen Nuntius in München, Masella, gehabt hat und in welchen man allseitig einen ersten Versuch vertraulicher Verständigung über die möglichen Wege zur Anbahnung des kirchlichen Friedens erblickte, — ist angehts dieser Friedenssicht die Haltung keiner anderen Partei so eigentümlich und befremdlich gewesen, wie die des ultramontanen Centrums, in der Presse sowohl wie im Parlament.“

Weder der Wunsch, noch die Hoffnung des Papstes auf kirchlichen Frieden schienen in der ultramontanen Partei in Deutschland irgend einen Wiederhall zu finden; ihre Wortführer ließen es sich vielmehr angelegen sein, den Glauben an die Möglichkeit eines Friedens mit der deutschen Regierung von vornherein zu erschüttern.

Um sich in dieser Beziehung nicht in offenen Widerspruch mit der Auffassung und dem Urtheil Roms zu setzen, wurde in den ultramontanen Blättern mit allem Eifer bestritten, daß die Anregung zu den vertraulichen Besprechungen von päpstlicher Seite ausgegangen sei, es wurde behauptet, Fürst Bismarck habe die Verhandlungen lediglich zur Erreichung augenblicklicher politischer Zwecke angeknüpft.

Diese Behauptung wurde jedoch durch den Papst selber Lügen gestraft: in dem bekannten Schreiben an den Cardinal Nina sprach Leo XIII. aus, daß sein eigener Wunsch, Deutschland den religiösen Frieden wiederzugeben zu sehen, eine günstige Aufnahme von Seiten des Deutschen Kaisers gefunden habe, und daß daran die weiteren freundschaftlichen Verhandlungen sich geknüpft haben. Der Papst bezeugte zugleich, daß die Wichtigkeit des Ziels von der Weisheit derer, welche die Geschichte des Deutschen Reiches in Händen haben, richtig gewürdigt werde. Er fügte hinzu: die Kirche würde glücklich sein, den Frieden in Deutschland wiederhergestellt zu sehen, — das Deutsche Reich aber würde, nachdem die Gewissen beruhigt worden, in den Söhnen der katholischen Kirche, wie in früherer Zeit, seine treuesten Unterthanen finden.

Nach dieser Rundgebung war es nicht mehr möglich, an dem Wunsche und Willen des Papstes selbst zu zweifeln, und seitdem sind die ultramontanen Wortführer in der That bemüht, alle Friedensliebe und alles Verdienst um die Friedensverhandlungen dem Papst allein zuzuschreiben. Angehts seiner Ausrufung über die richtige Würdigung seines Wunsches, die er auf Seite der deutschen Regierung gefunden, und Angesichts der Thatfache, daß er diese Ausrufung im August, mehrere Wochen nach den Kissingen Besprechungen gethan, hätte man erwarten dürfen, daß Katholiken, denen es mit der Ehrfurcht vor dem Papste und mit der Achtung vor seiner Erkenntnis und Weisheit Ernst ist, auch ihrerseits einiges Vertrauen zu dem redlichen Willen der deutschen Regierung gefaßt und die Hoffnung auf Wiedererreichung des Friedens auf jede Weise gefördert hätten. Aber das Gegentheil ist in der ultramontanen Presse und auf Seiten der Führer des Centrums im Reichstage eingetreten; statt der Anerkennung des ersten Willens, täglich neue Verdächtigungen und Schmähungen des ersten Reichskanzlers, statt einer Förderung der Friedenshoffnungen das immer erneute Bestreben, eine friedliche Lösung „mit dieser Regierung“ als unmöglich darzustellen, — und zur Unterstützung dieser Behauptung die wiederholte Versicherung, daß die Verhandlungen thatsächlich abgebrochen seien.

Und in demselben Augenblicke, wo zwischen der päpstlichen Curie und dem Deutschen Reiche vertrauensvolle Verhandlungen schweben, welche nach der Erwartung des Papstes auch das Ergebnis haben sollen, die Katholiken zu erneuter Bewährung ihrer Treue für Kaiser und Reich zu führen, in demselben Augenblicke geben die Ultramontanen im Reichstage das merkwürdige Schauspiel, daß die angeblich zuverlässigsten Vertheidiger von Altar und Krone, im Verein mit den entschiedensten Gegnern ihrer Auffassungen und Grundsätze, der Regierung den Arm zu lähmen suchen in dem unermesslichen Kampfe gegen Bestrebungen, welche das Christenthum und die Kirche ebenso heftig anfeinden und bedrohen, wie Staat und Thron und die bürgerliche Gesellschaft, und welche von dem päpstlichen Stuhle jeder Zeit aufs Schärfste verurtheilt worden sind.

Dieses auffällige Verhalten ist nur erklärlich durch den Charakter, die Zusammenkunft und die Leitung der Centrums-Partei, welche sich seit Jahren als Vertreterin der kirchlichen Interessen der deutschen Katholiken geberdet, in welcher aber in Wahrheit noch ganz andere rein politische Gesichtspunkte maßgebend sind, die mit den wirklichen Interessen der römischen Kirche absolut nichts gemein haben, deren lebensgefährliche Geltendmachung aber von vorn herein den kirchlichen Kampf verbittert und vergiftet und damit der katholischen Bevölkerung unfaßlichen Schaden bereitet hat.

Die schlaue und künstliche Vermischung der ultramontanen Interessen mit denen des früheren (streng lutherischen) welfischen Fürstenhauses, die Leitung der ganzen Partei durch einen in allen Künsten und Wegen der Politik bewanderten ultramontanen Welfenfürher hat die schweren und verhängnisvollen Verirrungen der Partei und das gefährliche Treiben ihrer Presse herbeigeführt.“

Das halbamtliche Blatt citirt nun die Rede des Fürsten Bismarck aus dem Jahre 1872, in welcher er auf die Gefahren hinweist, welche gerade jene unerbittliche Vermischung der Interessen in sich barg, und schreibt weiter: „Die Centrums-Partei aber hat den ihr von der welfischen Führung von Anbeginn aufgeprägten Charakter fort und fort beibehalten und ist je länger je mehr ein Sammelpunkt aller partikularen Feindschaft gegen Preußen und das Deutsche Reich geworden: noch in den jüngsten Verhandlungen hat ein protestantisch-welfischer Anhänger des Centrums sich erdreistet, die Herrschaft unseres Königs in Hannover und die dadurch erzeugten Gefühle mit der früheren Fremdherrschaft Napoleons auf eine Linie zu stellen.“

Bei solcher Stimmung kann es nicht Wunder nehmen, wenn die politischen Führer der katholischen Fraktion und ihre Presse jede Hoffnung und Aussicht auf kirchlichen Frieden möglichst von sich weisen und Alles thun, was in ihren Kräften steht, um die Stimmungen immer aufs Neue zu verbittern und die Ausgleichung zu erschweren.

Wenn das aufrichtige Streben der deutschen Regierung im Verein mit einem friedliebenden Papste für die Wiederherstellung des kirchlichen Friedens in Deutschland in Wahrheit und dauernd gelingen soll, so muß durch die berufenen kirchlichen Autoritäten und aus der katholischen Bevölkerung heraus dem verwirrenden und vergiftenden Treiben der Parteien ein Ziel gesetzt werden, deren einflussreichsten Führern das Interesse der Kirche im

ber Deckmantel für politisch unterwühlende Zwecke ist und welche der Erwartung des Papstes in Bezug auf die Treue der katholischen Unterthanen des deutschen Reichs durch ihr ganzes Verhalten offen Hohn sprechen.“

[Verbote auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. October 1873.] Der Gesangsverein Liberté zu Ludenwalde. Folgende Druck-schriften: 1) Der deutsche Bauernkrieg von Friedrich Engels. Dritter Abdruck. Leipzig, Genossenschafts-Buchdruckerei 1873; 2) Die Märtyrer der Commune in Neu-Caledonien. Uebersetzt aus dem Französischen. Leipzig 1876. Genossenschafts-Buchdruckerei; 3) Protokoll des Socialisten-Congresses zu Gotha 1877. Hamburg, Genossenschafts-Buchdruckerei; 4) Der deutsche Bauernkrieg von H. Bebel. Braunschweig, Verlag von W. Bracke jr. 1876; 5) Der Bohmer und seine Falschungen der Wissenschaft, von einem Arbeiter. Zürich 1873. — Der in Reichenbach i. N. bestehende „Bohlanische Zeitungsverein“; der Verein der „socialistischen Arbeiterpartei zu Worms“; 1) die Gewerkschaft der Schuhmacher und verwandten Gewerbe, 2) die Gewerkschaft der Schneider zu Worms; der Gesangsverein „Eintracht“ in Lübeck; der „Elbstrom-Verein von Hamburg und Altona nebst Umgebend“.

Malchin, 6. Nov. [Der mecklenburgische Landtag] ist heute eröffnet worden.

Oesterreich.

Wien, 5. Novbr. [Sitzung des Reichsraths.] Nach dem heute erfolgten Schluß der Adressdebatte wurde das Eingehen auf den Entwurf mit 163 gegen 73 Stimmen beschloffen, die Adresse — zu welcher ein Amendement nicht gestellt worden war — unverändert genehmigt und die alsbaldige dritte Lesung beschloffen. Hierbei wurde die Adresse in namentlicher Abstimmung mit 160 Stimmen gegen 70 (Rechtspartei, Polenclub, einige dem Centrum angehörige Mitglieder) angenommen. Die Minister enthielten sich der Abstimmung.

Schweiz.

Bern, 2. Novbr. [Ueber die Verhandlungen zwischen der Schweiz und dem Papste] schreibt man der „Voss. Ztg.“: Es ist begreiflich, daß das Unterliegen des Caricetischen Regiments in Genf, und die Wahlstige im Jura, St. Gallen und Wallis die Hoffnungen der Ultramontanen geschwächt haben. Wolf's Telegraphenbureau ist ja sogar von den Siegern zu einer Ente ernannt worden, die den Papst an neue Friedensunterhandlungen denken und die „erlittenen Bischöfe“ zur Heimkehr die Koffer packen läßt. Eine solche Bedeutung ist den Wahlsiegern denn doch nicht zuzuschreiben, wenn auch die Radicals ihre unabhängige dominirende Stellung beeinträchtigt sehen. In der Frage der Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen mit Rom wird sich zweifellos, wenn sie überhaupt noch einmal zur Verhandlung gelangt, eine starke Majorität für die Ablehnung finden, obwohl sie im Grunde genommen nur einen rein formellen Charakter besitzt. Erlirkt ist nur Nermilod, bei dem politischen Umschwung, der sich in Genf vollzogen, wäre es nicht unmöglich, daß Nermilod die Rückkehr nach Genf gestattet würde, vorausgesetzt natürlich, daß er sich unbedingt der cantonalen und eidgenössischen Gesetzgebung fügte. Lachat's Wiedereinsetzung in das Bisthum Basel hängt nicht vom Bunde, sondern lediglich von der Zustimmung der Diöcesancantone ab und diese scheinen noch ziemlich weit von einer solchen Anerkennung entfernt zu sein. So ist denn das oben erwähnte Telegramm nichts anderes als ein Stimmungsausdruck in ultramontanen Kreisen, dem jede tiefere Bedeutung abgeht. Aus dem Jura kommt die Nachricht, daß die Ultramontanen entschlossen sind, an den Pfarr- und Synodalwahlen Theil zu nehmen. Das letztere wäre gleichbedeutend mit dem völligen Sturze des Altkatholicismus im Canton Bern. Der altkatholische Bischof Herzog erhielt einen römisch-katholischen Synodalrat und ein solcher würde ihn zwingen, zu demissioniren und für die altkatholische Kirche eine neue Basis zu suchen.

Frankreich.

Paris, 4. Novbr. [Aus der Deputirtenkammer. — Die reactionäre Coalition im Senate. — Canrobert. — Die Nationallotterie. — Von der Ausstellung. — Das Leichenbegängniß Garnier Pagès. — Zur Presse. — Personalien.] Die Kammer hat sich heute versammelt, um die Wahlsprünge wieder aufzunehmen. Der erste Deputirte, über dessen Loos sie entscheiden sollte, ist Alfred Leroux, einer der Vertreter der Vendée. Da aber bekannt geworden, daß derselbe Unwohlseins halber einen Aufschub verlangen wollte, so erwartete man sogleich, den zweiten auf der Liste an die Reihe kommen zu sehen, und dieser ist Niemand anders als Paul de Cassagnac. Es hatte sich daher ein so zahlreiches Publikum eingefunden, daß die Tribünen gleich bei Anfang der Sitzung überfüllt waren. Diese letztere begann damit, daß der Arbeitsminister einige Gesetzesvorschläge über Eisenbahn- und Canalbauten niederlegte und behufs Prüfung derselben die Ernennung einer Commission beantragte. Hierin sah Paul de Cassagnac schon eine Gelegenheit, sich in die richtige Stimmung für die spätere Wahldebatte zu versetzen. Er warf der Mehrheit vor, daß sie die Mitglieder der Minderheit geflissentlich von allen Commissionen ausschleife. So nur, seien die in Romans und anderswo vorgekommenen Finanzschwindelen möglich gewesen. Die Linke hielt es, wie es scheint, nicht für nöthig, auf diesen Angriff gegen Gambetta's bekannte Rede und die darin enthaltenen Bemerkungen über die Rentenconversion, auf welche Cassagnac offenbar anspielte, eine Antwort zu ertheilen. Ueber den ferneren Verlauf der Sitzung haben wir noch keine Mittheilung. Die reactionäre Coalition des Senats ist eifrig damit beschäftigt, ihre Candidaten für die Wahl der drei lebenslänglichen Senatoren ausfindig zu machen. In einer Versammlung der Rechten hat man heute einen Ausschuss ernannt, welchem die schwierige Aufgabe zufallen soll, es allen drei verbündeten Parteien recht zu machen. Die ursprünglich aufgestellten Candidaturen, diejenige der Prälaten Freppel und Guibert, der Herren Durangel, Godelle u. s. w. sind, wie es scheint, ausgegeben. Die Bonapartisten bringen jetzt den Marschall Canrobert, die Legitimisten Baragnon und die Orleansisten de Fallour in Vorschlag. Für diesen letzteren zu stimmen zeigen eben die Ultramontanen der anderen Parteien wenig Neigung, und die Hauptchwierigkeit bei Aufstellung der Candidatenliste besteht aber darin, einen Mann ausfindig zu machen, welcher die neuerdings im rechten Centrum hervortretenden Tendenzen vertritt, ohne den Ultras der Rechten allzu verdächtig zu sein. Es ist möglich genug, daß unter solchen Umständen die Linke ihre Candidaten, deren Namen sie noch geheim hält, durchbringen wird. Wir sagten oben, daß Canrobert und Baragnon in Aussicht genommen werden; daraus läßt sich schließen, daß man wenig Hoffnung hat, diese beiden, die jetzt schon Senatoren sind, aber am 5. Januar sich einer Neuwahl unterziehen müssen, von ihren Departements (dem Lot und dem Gard) abermals ernannt zu sehen. Canrobert machte jüngst eine Rundreise im Lot, um den Eifer seiner Wähler anzufeuern. Das Resultat dieser Fahrt muß also seinen Wünschen nicht sonderlich entsprechen haben. Der feierliche Empfang, den seine Freunde ihm in seiner Eigenschaft als Marschall von Frankreich bereiten wollten, ist von den Behörden untersagt worden. — Im „Amtsblatt“ erschien heute ein ziemlich ausführlicher Bericht über die National-Lotterie. Nach Ausgabe von 12 Millionen Loosen wird die Lotterie geschlossen sein. Gegenwärtig ist man bei der Ausgabe der neunten Million und wie die Dinge gehen, könnte die Regierung eben so gut 20 Mill. Loose emittiren, ohne daß sie Gefahr liefe, den Enthusiasmus des Publikums erkalten zu sehen. Aber die Mißbilligung, welche diese

maßlose Ausdehnung einer Lotterie, die sich ursprünglich auf ein paar Millionen beschränken sollte, in der ganzen liberalen Presse gefunden hat, würde dem Handels-Minister Einhalt gebieten, selbst wenn er Lust hätte, weiter zu geben. Der verfügbare Ertrag der letzten Millionen kann, da die Ausstellung geschlossen wird, nicht mehr wie diejenigen der früheren darauf verwandt werden, den Arbeitern in der Provinz die Reise zur Ausstellung zu ermöglichen. Man hat also beschloffen, ihn auf die Gründung eines Museums zu verwenden, wie es in Frankreich noch nicht existirt: eines Maschinen-Museums, das zur Aufnahme nicht nur von Modellen, sondern von wirklich in Thätigkeit befindlichen Maschinen bestimmt ist. Ueber die Verlosung der zahllosen Gewinne, eine Operation, die ihre großen Schwierigkeiten haben wird, ist noch nichts definitiv bestimmt. Man hat gestern eine Commission ernannt, die binnen Kurzem ihre Vorschläge machen wird. In der Ausstellung herrschte gestern wieder großes Gedränge; die Zahl der Besucher belief sich auf 185,000. Einer interessanten Matiné die nächsten Mittwoch im Trocadero saale stattfinden sollte, werden wir beruht. Es sollte da von Japanesen eine Art japanischen Schauspiels aufgeführt werden, eigens darauf berechnet, dem Zuschauer einen möglichst vollständigen Begriff von einem höheren japanischen Hause, von den dort gepflegten Künsten, Musik, Literatur u. s. w. zu geben. Das Schauspiel unterbleibt aber, wie man sagt, auf Befehl des Vertreters der japanesischen Regierung. — Garnier-Pagès ist heute bestattet worden. Der Trauergottesdienst fand in der Kirche Saint-Roch statt. Dem Leichenzuge schlossen sich viele Senatoren und Deputirte der Linken an. Neben dem Sarge gingen Grevy, Duclerc, der Vicepräsident des Senats, Jules Simon, und Cremieux. Jules Simon und Arago sprachen am Grabe und Arago hob hervor, daß die republikanische Partei undankbar gegen Garnier-Pagès gewesen sei, indem sie ihn seit dem Kriege weder in die Kammer noch in den Senat geschickt habe. — Charles Simon, der ältere Sohn Jules Simons, gründet in Lille ein Journal, welches die Politik der gemäßigten Linken vertheidigen wird. — Der Großherzog und die Großherzogin von Weimar sind seit vorgestern hier. Sie wohnen im Hotel Continental. Der Marschall Mac Mahon hat ihnen gestern Nachmittag seinen Besuch gemacht.

Paris, 5. Nov. [Aus der Deputirtenkammer. — Aus dem Senate. — Aeronautisches.] Nicht über Cassagnac, sondern über Leroux' Wahl ist gestern entschieden worden. Das Unwohlsein des Deputirten von Fontenay-le-Comte in der Vendée war nicht so bedenklich, daß es ihn verhindert hätte, in der Kammer zu erscheinen und seine Vertheidigung selbst zu führen. Der Angriff ging von einem gefährlichen Gegner aus, nämlich von dem Deputirten von Montmartre Clemenceau, welcher sich zu einem der scharfen Redner der Kammer herangebildet hat. Der Berichterstatter Marquis d'Aurincourt beantragte im Namen des betreffenden Bureaus die Bestätigung von Leroux' Wahl; der Hauptgrund, welchen man für die Gültigkeit derselben anführt, ist, daß Leroux 2000 Stimmen mehr hatte, als sein republikanischer Nebenbuhler Beaufrère; eine solche Mehrheit könne aber durch officiellen Wahldruck nicht erreicht werden. Dieser Ansicht trat Clemenceau entgegen, indem er nachwies, in welcher Art der Präfect der Vendée, der wohlbekannte Marquis de Journés und seine Gehilfen die officielle Candidatur in ihrem Departement gehandelt haben. Obgleich die Schilderung der Wahlmanöver des 16. Mai der Kammer schon zum Deutlichen vorgeführt worden ist, so wußte doch Clemenceau durch die Auswahl seiner Thatsachen und durch eine geschickte Steigerung seiner Effecte die Zuhörer noch einmal zu interessieren und er bewahrte dabei doch zugleich eine solche Mäßigung, daß die Rechte selten Gelegenheit fand, ihn zu unterbrechen. Sie hörte vielmehr aufmerksam zu und nur Paul de Cassagnac that sich wieder hervor, indem er bei Erwähnung des Namens Mac Mahon plötzlich ausrief: „Wir haben nichts mehr mit dem Marschall gemein, seitdem er seinen Eid gebrochen hat“. Die Collegen Cassagnac's sahen ihn verdrießlich von der Seite an und der Präsident rief ihn natürlich zur Ordnung. Nachdem Clemenceau unter großem Beifall der Linken geendet, ergriff zuerst der Marquis d'Aurincourt das Wort zur Vertheidigung Leroux und die Mitglieder der Rechten benahmen sich ziemlich unfreundlich gegen ihn und ihren Gesinnungsgenossen Leroux, indem sie in großer Zahl den Saal verließen. Sie kamen auch dann nicht wieder, als Leroux selber auf die Tribüne stieg. Der Deputirte von Fontenay suchte die von Clemenceau aufgestellten Thatsachen kaum zu leugnen und bewegte sich mehr in allgemeinen Betrachtungen etwas melancholischer Art, wie sich leicht denken läßt. Bei der Abstimmung fand sich die Rechte wieder ein. Die Wahl Leroux' wurde mit 313 gegen 174 Stimmen für ungültig erklärt. Im Laufe der Sitzung hatte der Minister Waddington das Gelbuch niedergelegt. — Die öffentliche Verhandlung des Senats war nur eine kurze. Man wählte einen neuen Secretär und der Candidat der Rechten Clement trug den Sieg davon; er erhielt 118, der Candidat der Linken Maso nur 98 Stimmen. Wie man sieht, ist der Senat bei Wettem noch nicht vollständig und viele Senatoren der Linken wie der Rechten verweilen noch in ihren Departements, um ihre Wiederwahl vorzubereiten. Nach Verkündigung der Wahl Clement's verlangte Salmon von der Linken die Festsetzung der Wahl dreier lebenslänglicher Senatoren auf den 12. d. Die Rechte aber hat, wie man weiß, ihre Candidaten noch nicht bezeichnet und so forderte de Carelnty einen Aufschub bis zum 15. November, welcher bewilligt wurde. Die drei Candidaten der Linken sind jetzt bekannt. Es sind drei Männer, deren Namen gewiß allen Conservativen gefallen möchten, wenn es in der Reactionspartei im Senate aufrichtige Conservative gäbe. Graf Montalivet, der Minister Ludwig Philipp und Banquier André, dessen Candidatur bekanntlich schon mehrmals ohne Erfolg aufgestellt worden und der General Gresley, der frühere Chef des Generalstabs, der vom Minister Rochebouet aus seinem Posten entfernt wurde, weil man ihm nicht die Neigung zutraute, sich gewissen Ungeseglichkeiten, von denen die Rede war, anzuschließen. — Der gefesselte Ballon der Tuilerien hat Sonntag seine letzte öffentliche Ausfahrt gemacht. Einwaige spätere Ausfahrten werden nur wissenschaftlichen Zwecken dienen. Die Einnahmen, welche sein Besitzer, Giffard, bisher machte, belaufen sich auf über 800,000 Fr., d. h. es sind alle Kosten gedeckt und Giffard macht noch einen beträchtlichen Gewinn, ganz abgesehen von der beträchtlichen Summe, welche der englische Käufer des Ballons ihm zu zahlen hat und abgesehen davon, daß sämtliche Maschinen sein Eigentum bleiben. Zu den letzten Theilnehmern an der Ausfahrt gehörte Gambetta.

Paris, 4. Nov. [Museum für Gewerbeunterricht.] Das Amtsblatt enthält heute einen längeren Bericht über die National-Lotterie. Aus demselben, schreibt man der „S. Z.“, geht hervor, daß die Zahl der Lose von 10 auf 12 Millionen erhöht wurde. Ein Theil der zwei neuen Millionen wird zum Ankauf von neuen Ausstellungsgegenständen (blos 150,000 Fr. werden dem Auslande zugewandt) verwandt, und von der übrig bleibenden einen Million soll ein „industrielles, landwirthschaftliches und commercielles Museum“ gegründet werden. Man beklagt sich — so heißt es in dem betreffenden Theile des Berichtes —, daß Frankreich kein Museum für

Berliner Börse vom 6. November 1878.

Fonds- und Geld-Course. Deutsche Reichs-Anl. 94,80 bz. Consolidirte Anleihe 104,00 bz. Staats-Anleihe 94,35 bz.

Wechsel-Course. Amsterdam 100 Fl. 8 T. 4 163,15 bz. London 100 Sch. 2 M. 6 20,23 bz.

Hypotheken-Certificate. Krupp'sche Partial-Ob. 5 107,70 bz. Unk. Pf. d. Pr. Hyp. B. 4 97,00 bz.

Eisenbahn-Stamm-Actien. Aachen-Mastricht 1 1/2 4 13,75 bz. Berg-Märkische 3 1/2 4 78,00 bz.

Ausländische Fonds. Oest. Silber-R. 1/2 1/2 4 52,90 bz. do. Goldrente 4 4 51,90 bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Berlin-Dresden 0 0 0 21,50 bz. Berlin-Görlitz 0 0 0 31,25 bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Berg-Märk. Serie II. 4 1/2 4 84,90 B. do. III. v. St. 3 1/2 4 100,00 B.

Bank-Papiere. Alg. Deut. Hand. G. 0 2 4 29,75 B. Anglo-Deutsche Bk. 0 0 4 142,50 B.

Industrie-Papiere. Berl. Eisenb.-Bd.-A. 0 0 4 490 G. D. Eisenbahn-G. 0 0 4 3,75 G.

Bank-Discont 5 pct. Lombard-Zinssuss 6 pct. Berlin, 6. November. (Börse.) Auf Grund der festeren Course...

Berlin, 6. November. (Börse.) Auf Grund der festeren Course werden von den gestrigen Abendbörsen, wobei wir aber gleich bemerken wollen, daß die telegraphische Verbindung mit Wien auch heute noch gestört ist...

heute andauernder Rückgang der Actien der Hypothekendarlehen. Ganz besonderen Einfluß auf die Gesamthaltung gewann aber auch die fortwährende Entwerthung der russischen Baluta...

Berlin, 7. Novbr. [Producten-Bericht.] Nach leichtem Nachfroste ist das Wetter schön, die Luft aber sehr kalt. Die anregenden Berichte von außerhalb erwiesen sich als ziemlich wirkungslos für den heutigen Markt...

Breslau, 7. Nov., 9 1/2 Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen von keiner Bedeutung, bei mäßigem Angebot Preise ohne Aenderung.

Meteorologische Beobachtungen auf der Königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Nov. 6., 7. Nachm. 2 U. Abends 10 U. Morgens 6 U. Luftwärme + 2,9. Luftdruck bei 0° 326,23. Dunstdruck 1,096. Luftfeuchtigkeit 76 pCt.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 6. Nov. Die „Polit. Correspondenz“ meldet aus Konstantinopel vom 5. November: Dem Gerüchte von dem angeblich bevorstehenden Rücktritt des Großveziers Saifet Pascha...

London, 6. Nov. Der „Globe“ giebt angeblich auf Grund authentischer Mittheilungen folgende retrospective Uebersicht über die Ereignisse, welche zu dem jetzigen Conflict mit Afghanistan führten: Der Vicekönig Lord Lytton sandte im Jahre 1876 eine Einladung an den Emir, der Versammlung bei zuwohnen...

Athen, 6. Novbr. Communduros ist beauftragt, das Cabinet neu zu bilden, und legt dem Könige Abends die Ministerliste vor. Es verlautet, Communduros übernehme die Justiz und das auswärtige, Bonantis die Marine und den Krieg, Angerinos das Innere und den öffentlichen Unterricht...

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 6. Nov., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 465. Pariser Wechsel 81, 03. Wiener Wechsel 171, 70. Böhmische Westbahn 136 1/4.

Hamburg, 6. Novbr., Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 115, Silberrente 53, Goldrente 60 1/2, Creditactien 190 1/2, 1860er Loose 105 1/2.

Paris, 6. Nov., Nachm. Roggen rubig, Nr. 10/13 pr. November pr. 100 Kilgr. 51, 00, Nr. 5 7/8 pr. November pr. 100 Kilgr. 57, 25.

Stadt-Theater. Donnerstag, den 7. Novbr. Fest-Vorstellung zur Feier der hohen Anwesenheit Sr. kaiserl. königl. Hofe des Kronprinzen.

Garnirte Güte. ein gros und ein detail, Pariser und Wiener Modelle, empfehle ich in Originalen und Copien in reichhaltiger Auswahl billigst.

Die Russische Caviar-Niederlage von B. Persicaner in Myslowitz offerirt Prima Astrachaner Caviar das Brutto-Pfd. mit Mk. 4,50.